

Heikel

Die Kontroverse um das rechte Erinnern ist neu entflammt

Applaus. *Martin Walser* hat soeben seine Dankesrede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels beendet und wird beklatscht. Nicht weil es die Etikette so vorsieht, sondern weil die allermeisten der Zuhörer ihre Zustimmung äußern wollen: Walser hat in seiner Rede Mitte Oktober davor gewarnt, das Erinnern in Routine und Ritualen aufgehen zu lassen.

Erst als *Ignatz Bubis*, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, den Schriftsteller wenige Tage später heftig angreift und als „geistigen Brandstifter“ bezeichnet, beginnt man den Text des Festvortrags nachzulesen. Und tatsächlich finden sich etliche Formulierungen, die für sich genommen, stützen lassen. Aber es ist richtig, daß sich Walser für eine „Kultur des Wegschauens“ ausspreche, wie Bubis ihm wiederholt – unter anderem auch auf der Gedenkfeier zum 9. November – vorwirft?

Fest steht: Unmißverständlich spricht Walser in seiner Rede davon, daß kein ernstzunehmender Mensch Auschwitz leugne, kein zurechnungsfähiger Zeitgenosse an der Grauenhaftigkeit herumdeutele, daß Auschwitz Schuld und Schande bedeute. Keinen Zweifel kann es auch daran geben, daß Walser dem Erinnern an die Verbrechen und die mit ihnen verbundenen Leiden eine grundsätzlich positive Funktion zuerkennt.

Das Problem, um das es im Kern geht, ist die Frage der Dosierung von Erinnerungsritualen, um eine Abstumpfung zu vermeiden und nicht dem Verdrängen Vorschub zu leisten – wie Bundespräsident *Roman Herzog* in seiner Rede zum 9. November mit Recht eingewandt hat. Grundsätzlich droht, daß der, der sich immer und je-

derzeit an zu vieles erinnern will, der Wucht der Erinnerung nicht standhalten kann: Wer sich zu sehr auf die Vergangenheit fixiert, behindert sich möglicherweise selbst bei dem Versuch, in der Gegenwart die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit sich das Grauen nicht wiederholen kann.

Das ritualisierte Erinnern und Trauern, so bedeutsam Rituale für die Gesellschaft sind, kann zu einer rein äußerlichen, im schlechten Sinne formelhaften Pflichterfüllung werden. Es mag paradox klingen, aber das Entscheidende ist die Erinnerung, nicht, daß der Pflicht zur Erinnerung genüge getan wird. Wer an das Gewissen appellieren will, muß zumindest darum wissen, daß gerade ein solcher Appell auch Abwehrreaktionen hervorrufen kann.

Und gibt es nicht tatsächlich hier und da eine „Instrumentalisierung von Auschwitz“? Bubis selbst hat beklagt, daß der US-amerikanische Anwalt *Ed Fagan*, der ehemalige Zwangsarbeiter wortgewaltig gegen europäische Firmen vertritt und sich dies teuer bezahlen läßt, den Holocaust für seine Zwecke nutze (Frankfurter Rundschau, 19.10.98). Nicht übersehen werden darf die Gefahr, „Auschwitz“ reflexartig wie eine Chiffre zu verwenden, mit der bestimmte eigene Interessen rhetorisch effektiv eingebracht werden können, ohne daß das Gedenken der Opfer im Mittelpunkt steht.

In seinem Werk und mit seiner Rede in Frankfurt hat sich Walser darüber hinaus der hermeneutischen Problematik gestellt, daß es im nachhinein vergleichsweise einfach ist, über die Vergangenheit zu urteilen. Seit Jahren und jüngst in einem Interview in der „Zeit“ (8.10.98) kämpft der nationalistischer Umtriebe mehr als unverdächtige Philosoph *Paul Ricœur* darum, bei der Bewertung geschichtlicher Fakten auch die Sichtweise der historischen Akteure hinzuzuziehen, um der Geschichte ihre „Ungewißheit“ zurückzugeben. Sonst könne es, wie er mit Blick auf Frankreich kritisiert, zu einem Mißbrauch der Erinnerung kommen. So wichtig diese Einwände sind, und so

richtig es ist, daß die heikle Debatte um das rechte Erinnern erst noch zu führen ist. Walsers Worte haben die Kontroverse der vergangenen Wochen ausgelöst. Vergebens hat er gehofft, daß seine Thesen als das aufgefaßt werden, was sie eigentlich sind: nur zum Teil vorsichtig geäußerte Zweifel an der Authentizität der bundesdeutschen Erinnerungskultur, wie sie sich ihm im Gespräch mit sich selbst aufdrängen.

Seine Rede war jedoch eine öffentliche Meinungsäußerung und muß sich deshalb an den Maßstäben der gesellschaftlichen Diskussion messen lassen. Und da fällt auf, daß manche von Walsers bewußt provozierenden Worte dazu benutzt werden können, gegen jedes Erinnern und für ein böswilliges Vergessen und Verdrängen zu polemisieren. Auschwitz ist die Zäsur deutscher Geschichte. Jeder Ruf nach Normalität von den Nachfahren der Täter bleibt deshalb eine höchst verdächtige Forderung. Man muß dem Dichter mangelnde Behutsamkeit vorwerfen. An der Notwendigkeit, die von Walser vorgetragene Bedenken ernst zu nehmen, ändert dies freilich nichts. so

Minderheit

Die neue Bundesregierung und ihr Verhältnis zu den Kirchen

„Die Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften als wichtige Kräfte des kulturellen, politischen und sozialen Lebens werden wir fördern und fortsetzen. Wir begrüßen den Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander und ihre Bereitschaft, zu den brennenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltungsfragen mit Anregung und Kritik beizutragen“.

Das sind die Aussagen zum Thema Religion und Kirche in der Regierungserklärung, die Bundeskanzler *Gerhard Schröder* am 10. November im Deutschen Bundestag vortrug. Die